Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn Mk. 2.10, im Bezirks- und 10-Km-Verkehr Mk. 2.10, im übrigen Württemberg Mk. 2.20. Monats-Abonnements nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 15 Pfg. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Fernsprecher 29. Postscheckkonto 5113 Stuttgart.

93. Jahrgang.

№ 61 | Freitag, den 14. März | 1919.

Deutsche Nationalversammlung.

26. Sitzung.

Weimar, 12. März. Am Regierungstisch: Die Reichsminister Wissel, Noske, Schmidt, Bell und Erzberger.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten.

Zur zweiten Beratung steht der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes.

§ 1 lautet in seinem 1. Absatz nach den Beschlüssen des Ausschusses: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert." Die Worte „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit" sind vom Ausschuß neu eingefügt worden.

Nach § 2, der gemeinsam mit § 1 beraten wird, ist das Reich befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung 1. geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen in Gemeinwirtschaft überzuführen, und 2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln. Die Entschädigungspflicht, die durch besondere Reichsgesetze geregelt werden soll, ist von der Kommission neu eingefügt worden, ebenso die Bestimmung, daß die gemeinwirtschaftliche Regelung der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter nur „im Falle dringenden Bedürfnisses" durch das Reich erfolgen kann.

Abg. Vögler (D. Vp.): Unsere großen Bedenken gegen diese Vorlage sind durch die Kommissionsberatung nicht kleiner geworden. Durch die Kommissionsbeschlüsse zu dem Sozialisierungsgesetz sind Grundsätze angenommen worden, die es ermöglichen, die freie Privatwirtschaft und den freien Handel in Deutschland durch Staatseingriffe völlig zu lähmen, und zwar auf Grund von Kommissionsverhandlungen, welche jede sachliche Begründung dieses Schrittes auf Seiten der Regierungsvertreter haben vermissen lassen. (Hört! Hört!) Wir legen gegen diese Beschlüsse, welche nach unserer Ueberzeugung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft verderblich sind und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft hemmen oder gar ausschließen werden, hiermit Verwahrung ein. Es geht nicht allein um die Kohlen, der Bürokratisierungsprozeß läuft weiter. Wir wollen keine revolutionäre Entwicklung. Was aber in den augenblicklichen Vorlagen erstrebt wird, ist eine revolutionäre Entwicklung, für die wir die Verantwortung ablehnen. (Beifall rechts.) Wenn jetzt die Sozialisierung des Kohlenbergbaus verwirklicht wird, so fürchten wir, der Bergmannsgruß „Glück auf" wird bestehen bleiben, aber mit dem Bergbau wird es Glück ab gehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Pachnicke (D. d. P.): Das vorliegende Gesetz ist nur ein Rahmengesetz. Schon deshalb werden die verhängnisvollen Folgen, die der Vorredner befürchtet, sich nicht aus ihm ergeben. Von einer revolutionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden. Wir werden rechtzeitig abzustoppen wissen und erhoffen von dem vorliegenden Gesetz eine versöhnende Wirkung. Der Kohlenbergbau lag unter einem so starken Druck des Privatmonopols, daß man nicht den Gesetzentwurf mit der Forderung der wirtschaftlichen Freiheit bekämpfen kann. (Sehr richtig! links.) Wir ziehen eine scharfe Grenze und werden nicht zulassen, daß der Motor des persönlichen Interesses aus der Wirtschaft ausgeschaltet wird. (Sehr richtig bei den Deutsch Demokraten.) Von der Sozialisierung müssen freibleiben die meisten Handelsbetriebe, die ganze Fertigwaren-Industrie, die Exportindustrie, die Landwirtschaft und das Handwerk. Der § 2 öffnet die Tür für die Sozialisierung so weit, daß das ganze Erfurter Programm dadurch einmarschieren kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Da wir keine Sozialisten sind, können wir diesen Bestimmungen nicht zustimmen. Wenn wir trotzdem das Gesetz nicht scheitern lassen wollen, so leitet uns dabei die Erwägung, daß zur Sozialisierung in jedem einzelnen Falle ein besonderes Gesetz notwendig ist, dessen Annahme oder Ablehnung in unserer Hand liegt. Unsere Fraktion stimmt dem Gesetz als ganzem zu und bittet die Versammlung, das gleiche zu tun. (Lebhafter Beifall bei den Deutsch-Demokraten.)

Abg. Veidt (Deutsch-natl.): In der Kommission ist nicht die notwendige Klarheit geschaffen worden, sondern es ist über die einfachsten Grundsätze und Begriffe des Gesetzes eine babylonische Sprachverwirrung entstanden. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung hat uns noch immer keine deutliche Aufklärung darüber gegeben, was sie eigentlich unter Sozialisierung versteht. Die Mehrheitssozialisten verstehen darunter nicht Kommunisierung. Viele Mehrheitssozialisten gehen aber in dieser Frage einig mit der äußersten Linken, nur wagen sie das nicht offen auszusprechen. (Sehr gut! bei den U. Soz.) Der Trost, es handle sich nur um ein Mantelgesetz, kann uns nicht beruhigen. Wir fürchten, daß sich aus dem Rathenauschen Schafspelz bald der Marxistische Wolf herausschälen wird. (Sehr gut! rechts, Heiterkeit.) Wir lehnen die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Art der Sozialisierung als im tiefsten Grunde unwirksam ab. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident Dietrich rügt einen Zwischenruf des Abg. Kuhnert.

Inzwischen sind einige Abänderungsanträge eingegangen.

Die Abgeordneten Arnstadt (Deutsch-natl.) und Genossen beantragen für § 2: „Für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche für Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften gegen angemessene Entschädigung in die Gemeinwirtschaft überzuführen, ist Sache der Reichsgesetzgebung." Im Fall der Ablehnung dieses Antrags wollen dieselben Abgeordneten in einem Eventualantrag auch den Betrieb und die Verteilung der in gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen gewonnenen Erzeugnisse im Interesse der Gesamtheit regeln lassen.

Die Abg. Dr. Rießer und Vögler (Deutschnatl.) beantragen daß 1. geeignete wirtschaftliche Unternehmungen insbesondere für Gewinnung von Bodenschätzen und der Ausnutzung von Naturkräften, für die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft nutzbar gemacht werden können und daß 2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Verteilung geeigneter wirtschaftlicher Güter zu Gunsten des Reichs, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände geregelt werden kann.

Abg. Burlage (Chr. Vp.): Gegen § 1 haben wir keine Bedenken mehr. Zu § 2 hält meine Partei daran fest, daß eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung stattfinde. Vom Kommunismus kann keine Rede sein. Die Anträge zu 1 und 2 sind unannehmbar. Natürlich dürfen in die Selbstverwaltungskörper nicht Maulhelden gewählt werden, sondern tüchtige, sachverständige Menschen. Es wird sich auch hier das Wort erfüllen: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand. Selbst wenn man Bedenken haben sollte, so ist die Frage so, daß man sagen muß, die Gesetze müssen dennoch geschaffen werden.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Vielleicht wird ein künftiger Geschichtsschreiber dieses Gesetz eine „Lex Spartakus" nennen. Aber die sozialdemokratische Absicht hat sich wenn sie bestanden hat, nicht in sozialdemokratische Tat umsetzen können. Die politische Koalition hat zu einer Entartung geführt. Man hat uns mit den Lichtenberger Vorgängen in Verbindung gebracht. Wir lehnen die Verantwortung dafür ab. Aber alle diese Nachrichten über Massenerschießungen von Polizeibeamten sind tendenziös übertrieben. Der Polizeipräsident von Lichtenberg hat sich selbst mit der Bitte an die Regierung gewandt, die Truppen zurückzuziehen, weil sie zur Beruhigung der Bevölkerung nicht beitrügen. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) In § 1 des Gesetzes möchten wir das Wort anführen: „sittliche Pflicht zur Arbeit" ersetzt wissen durch „soziale Pflicht". Das Recht auf Arbeit, das in diesem Gesetz aufgestellt ist, ist nur ein verschimmelter kapitalistischer Ladenhüter. Die Rätedemokratie auf wirtschaftlichem Gebiet wird kommen, dagegen mag man sich sperren wie man will. Sie ist unausrottbar in das Bewußtsein der Menschen übergegangen. (Beifall bei den U. Soz.)

Von den Abgeordneten Arnstadt und Genossen geht der Antrag ein, in § 2 die Worte „gegen angemessene Entschädigung" zu streichen. Hierüber wird von den Abgeordneten Dr. Rießer (Deutsche Vp.) und Genossen namentliche Abstimmung beantragt.

Abg. Braun-Nürnberg (Soz.): Durch den Krieg sind wir an den Rand des Abgrundes gebracht worden. Die Scharfmacher als politische Ratgeber des Generals Ludendorff haben den Krieg verlängert. Der Krieg hat auch den äußersten Pessimismus, der heute die Grundstimmung des deutschen Volkes ist, in den Massen erzeugt und da kann keine Rede davon sein, die deutsche Volkswirtschaft beim alten zu lassen. Selbst wenn die Herren von der Rechten in die Regierung kämen und die Verantwortung trügen, müßten sie von der Privatwirtschaft abweichen. Die Privatwirtschaft besteht ja garnicht mehr, sondern sie ist syndiziert, kartelliert und monopolisiert worden. Wir wollen die Ueberführung der Werke in den Besitz der Gesellschaft nicht in irgendwelchen produktivgenossenschaftlichen Formen, denn dann würden wir statt eines Kapitalisten eine Menge kleiner Kapitalisten schaffen. Nach der Besitznahme sind allerdings verschiedene Meinungen über die Betriebsform möglich. Durch den Krieg ist die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen. Die Zeche müssen auch die Unternehmer bezahlen. Die Arbeiter haben genug Opfer gebracht. Es hat genug Industriekapitäne gegeben, die aus dem Arbeiterstand aufgestiegen sind, aber bei dem heutigen Kapitalismus ist das nicht mehr möglich. Die Arbeiter müssen Anteil an dem Gedeihen der Unternehmungen erhalten, damit sie wieder Freude am Werk haben. Auch wir betrachten den Gesetzentwurf lediglich als ein Rahmengesetz, und wir hätten ihn gerne anders gehabt. Der Ausdruck „sittliche Pflicht" ist nicht glücklich gewählt. Wir stimmen gerne dem Antrag zu, „soziale Pflicht" zu sagen.

Der Kampf gegen die Spartakisten.

Berlin, 12. März. Von mehreren durchaus zuverlässigen Seiten wird laut „8 Uhr-Ab. Bl." berichtet, daß gegenwärtig in der arbeitenden Bevölkerung Berlins eine rege Propagandatätigkeit für einen neuen Generalstreik entfaltet wird. In unzähligen Flugblättern, Ansprachen auf den Straßen usw. wird mitgeteilt, daß spätestens am 25 März der neue Generalstreik beginnen werde.

Berlin, 12. März. WTB. In der letzten Nacht drangen einige Stoßtrupps der G.K.S.D. in die Redaktionsräume der „Weltrevolution" ein und beschlagnahmten viele Exemplare des Blattes, Schriftstücke, Platten usw. Darauf wurde eine Streife in die Lichtenberger Straße gemacht, wo sich eine Ausgabestelle der „Weltrevolution" befindet. An beiden Stellen wurden die Mannschaften von den Dächern aus beschossen.

Berlin, 12. März. Laut „Berl. Lok. Anz." hat der Rest der Spartakisten, die unter dem Druck der Regierungstruppen schon während der Nacht ihre Stellungen in Lichtenberg geräumt hatten, um 1/2 10 Uhr vormittags die Waffen fortgeworfen und ist aus den Verschanzungen hinter dem Bahnhof Frankfurter Allee verschwunden. Nach der Volkszeitung vollzog sich die Besetzung Lichtenbergs fast kampflos. Das Truppenaufgebot, das die Einkreisung der Stadt vornahm, war außerordentlich stark. 4 Regimenter rückten mit Artillerie, Sanitätskolonnen usw. vor. In der Nähe der Irrenanstalt Herzberge wurde eine Funkenstation aufgerichtet, die die Verbindung der militärischen Stellen untereinander unterhielt. Die Besetzung der Stadt erfolgte vollkommen planmäßig, ohne daß ein Schuß fiel. Bei der Irrenanstalt fand man 2 Maschinengewehre und einen Wagen mit Munition und Handgranaten, die die geflüchteten Spartakisten stehen ließen. Die Gefangenen wurden unter sicherer Bedeckung nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht. Um 2 Uhr nachm. haben sämtliche Truppen den Befehl, sich am Rathaus in Lichtenberg zu versammeln.

Berlin, 12. März. Der Einmarsch der Regierungstruppen in Lichtenberg hat heute vormittag begonnen. Die Besetzung der Stadt geht planmäßig weiter und wird wahrscheinlich morgen beendet sein. An der Aktion sind unter dem Oberbefehl des General d. Inf. v. Lüttwitz beteiligt: die Truppen der deutschen Schutzdivision, das Freikorps Hülsen und die Truppen der Gardekavallerieschützendivision. Man hört aus allen Teilen Lichtenbergs Artillerie- und Maschinengewehrfeuer. Fortwährend dröhnen die schweren Minen, die die zäh hinter ihren Barrikaden sich verteidigenden Spartakisten wahl- und ziellos gegen die Angreifer abschießen.

Berlin, 12. März. WTB. Bei Durchsuchungen in den besetzten Stadtteilen wurden heute nacht 4 Spartakisten die bewaffneten Widerstand leisteten, festgenommen und standrechtlich erschossen. Bei Aushebung eines Spartakistennestes in der Gegend östlich des Alexanderplatzes wurden 20 Polen gefangen genommen. Heute früh hat der planmäßige Angriff gegen Lichtenberg begonnen. — Haussuchungen in der Hutten- und Beusselstraße förderten große Waffenmengen zu Tage. — Die Nacht ist ruhig verlaufen. Es fanden keine bemerkenswerten Ereignisse statt.

Berlin, 12. März. Die „B. Z. am Mittag" meldet: Heute um 9 Uhr vormittags hat das Vorrücken der Regierungstruppen gegen Lichtenberg begonnen, nachdem in den beiden letzten Tagen die fast vollständige Einkreisung des spartakistischen Zentrums durchgeführt worden war. Einzelne Mitglieder der Mehrheitssozialisten der Nationalversammlung haben gestern die hauptsächlichsten Punkte der Straßenkämpfe im Osten Berlins besucht, um sich ein Bild von der Kampfesweise der Spartakisten zu machen. Die Truppen der Gardekavallerieschützendivision haben um 10 Uhr nach heftigen Kämpfen die Frankfurter

Allee erreicht und dort Anschluß an die eiserne Marinebrigade gefunden. Damit war der Ring geschlossen und es wurde sofort durch die Seitenstraßen der Vormarsch angetreten. Das Kesseltreiben gegen die dort befindlichen Spartakisten hat begonnen. Man hört aus allen Teilen Lichtenbergs Artillerie- und Maschinengewehrfeuer. Die Kämpfe nehmen von Viertelstunde zu Viertelstunde zu. Das Feuer zeigt, in wie enge Fühlung die einmarschierenden Truppen mit den Spartakisten gekommen sind.

Berlin, 12. März. In der Köpenickerstraße wurde durch Truppen der Gardekavallerieschützendivision ein Spartakistennest ausgehoben. Die Leute mußten erst mit der Waffe niedergekämpft werden. 34 Spartakisten wurden erschossen, die anderen gefangen genommen. Es wurde eine große Anzahl Waffen dort gefunden.

Berlin, 12. März. Die Besetzung des Ostens von Berlin einschließlich Lichtenbergs durch die deutsche Schutzdivision des Freikorps Hülsen und die Gardekavallerieschützendivision ist planmäßig durchgeführt. Die Kämpfe waren im allgemeinen nicht allzuschwer. An verschiedenen Stellen kam es jedoch zu lebhaften Einzelkämpfen. So wurden am Bahnhof Lichtenberg eine große Anzahl Gefangener gemacht. Viele Fälle bestialischer Grausamkeit der Spartakisten sind einwandfrei festgestellt. Die Beute an Waffen ist beträchtlich. Ein Regiment allein meldete am Nachmittag 15 schwere, 20 leichte Maschinengewehre und einen Minenwerfer, sowie 150 Gewehre. Auf dem Bahnhof wurde ein offenbar von auswärts herangeführter Waggon mit Beständen beschlagnahmt. Auch größere Bestände an Lebensmitteln fielen in die Hände der Regierungstruppen. Die Verluste der Regierungstruppen sind nicht erheblich.

Berlin. Bevor gestern Vormittag die Vereinigten Truppen der Deutschen Schutzdivision und des Freikorps Hülsen zum Angriff gegen die Barrikaden der Frankfurter Allee übergingen, bahnte sich ein mit Offizieren des Divisionsstabs der Deutschen Schutzdivision besetztes ungepanzertes Personenauto unter Führung des Rittmeisters von Arnim kämpfend den Weg bis zur ersten Barrikade, die sofort von den Offizieren und den Begleitleuten gestürmt wurde. Die Spartakisten flohen unter Hinterlassung eines Toten. Dieselbe Kraftfahrbesatzung fuhr als erste Spitze der Regierungstruppen, wie die Morgenblätter berichten, umjubelt von der befreiten Lichtenberger Bevölkerung und noch von allen Seiten beschossen, die Frankfurter Allee weiter und stellte die Verbindung mit den in der Warschauer Straße vorgehenden Teilen der Gardekavallerieschützendivision her.

Die Besetzung Lichtenbergs vollzog sich laut „Berliner Lokalanzeiger" so rasch, daß die heranrückenden Regierungstruppen auf dem Lichtenberger Güterbahnhof noch eine ganze Reihe Plünderer überraschten. Als diese sich plötzlich von Regierungstruppen umzingelt sahen, suchten sie zu entfliehen. Das Vorhaben war nutzlos. Als sie dies einsahen, winselten sie um Gnade und jeder wollte das Opfer eines anderen sein. Bis in die Abendstunden war eine große Menge Gefangener gemacht. Auch wurden große Mengen Maschinengewehre, Minenwerfer und ungeheure Mengen Munition beschlagnahmt.

Wie der „Vorwärts" hört, hat Oberbürgermeister Wermuth aus Sorge um das Schicksal vieler Tausend friedlicher Familien und um die gefährdeten Stadtteile ausgangs voriger Woche Veranlassung genommen, mit der zuständigen Regierungsstelle eine Aussprache zu suchen. Die Bewohner unserer gefährdeten Stadt, sagt das Blatt, können versichert sein, daß nichts unterbleibt, was durch die Fürsorge für Gut und Blut der Bürgerschaft erforderlich ist.

Tagesneuigkeiten.

Ein vereitelter spartakistischer Anschlag.

Breslau, 12. März. W.B. Der Volksrat gibt bekannt, daß heute früh die wichtigsten **öffentlichen Gebäude Breslaus durch schlesische Truppen** auf Befehl des Generalkommandos im Einvernehmen mit dem Zentralrat und mit dem Zentralsoldatenrat für Schlesien **besetzt** worden. Man hatte einen **verbrecherischen Anschlag** entdeckt, wonach berüchtigte **Berliner Spartakistenführer** in Breslau eintreffen und dort die öffentlichen Gebäude besetzen wollten, um dann **Breslau der Plünderung preiszugeben**. Der Plan war in allen Einzelheiten durchgearbeitet. Durch seine Aufdeckung konnte im letzten Augenblick unabsehbares Unglück von Breslau abgewendet werden.

Spartakistenkämpfe in Oberschlesien.

Beuthen, 11. März. WTB. Die Streiklage ist unverändert. 35 Gruben sind noch ausständig. Gestern nachmittag wurden östlich Dombrowka auf deutschem Boden zwei Mann einer Patrouille von den Polen erschossen. Auf der Straße bei Schoppinitz stießen bewaffnete Spartakisten mit der Patrouille zusammen. Die Spartakisten verloren 2 Matrosen. Bei der Säuberung der Laurahütte wurden 8 Männer, eine Frau und 1 Kind, sowie der Führer der 10. Kompagnie, ein Oberleutnant, getötet. Bei Aushebung eines Spartakistennestes zwischen Mikultschütz und dem Borsigwerk kam es zu einem Gefecht, wobei die Spartakisten einen Toten und mehrere Verwundete hatten.

Die „künftige Wehrmacht" Deutschlands.

Paris, 14. März. Die Beschlüsse des Zehnerrats über die **künftige Wehrmacht Deutschlands** werden nach einer Meldung der „Deutschen Allg. Ztg." durch eine ganze Reihe von Zusatzbestimmungen ergänzt, die dem Zweck dienen sollen, jede Wiederherstellung des preußischen Militarismus zu verhindern. So wird die Aufhebung aller **höheren Kriegsschulen** gefordert und das Verbot erlassen werden, in **Schulen** und **Turnvereinen militärischen Unterricht zu erteilen** (!) Die Durchführung dieser und ähnlicher Vorschriften wird durch eine **ständige Kommission der Alliierten** gesichert werden. Am kommenden Freitag, also noch am Tage der Ankunft Wilsons, wird dann die zweite Lesung der militärischen und maritimen Bedingungen des endgültigen Waffenstillstands stattfinden. Die maritimen Bedingungen werden voraussichtlich in der Hauptsache dahin gehen, daß den Deutschen verboten wird, in irgend einer Form eine Kriegsflotte zu unterhalten, die für größere Aufgaben als diejenigen des Polizeidienstes geeignet wäre. Die Unterzeichnung des Vorfriedens wird hier für **Ende April** erwartet.

Deutschland und die tschecho-slowakische Republik.

Berlin, 12. März. Amtlich. Der tschecho-slowakische Minister des Innern und stellvertretende Ministerpräsident hat nach Meldungen aus Prag offensichtlich mit Beziehung auf die jüngsten Zusammenstöße zwischen Tschechen und Deutsch-Böhmen in der Nationalversammlung eine längere Erklärung verlesen, die sich u. a. mit einer angeblich gegen die Sicherheit der tschecho-slowakischen Republik angezettelten Verschwörung befaßt und dabei die Behauptung aufstellt, die Angelegenheit des verhafteten Dr. Schwarz erbringe den Beweis dafür, daß Fäden dieser Verschwörung auch nach Berlin führten. Ferner wird in der Erklärung behauptet, es habe der Plan eines kombinierten deutsch-magyarischen Einfalls in das Gebiet der Tschecho-Slowakei bestanden.

Demgegenüber sei auf das Bestimmteste festgestellt: 1. Gegen die Sicherheit des tschecho-slowakischen Staates ist von Berlin niemals etwas unternommen, noch sind etwaige Bestrebungen dieser Art irgendwie unterstützt worden. 2. In der sogenannten großangelegten Spionage-Affäre Schwarz ist seitens der tschecho-slowakischen Regierung trotz mehrfachen Ersuchens der deutschen Regierung das angebliche Belastungsmaterial bisher noch nicht zur Verfügung gestellt worden. Bis zum Beweise des Gegenteils durch die deutscherseits amtlich angekündigte Untersuchung muß auch entschieden bestritten werden, daß Dr. Schwarz gegen die Sicherheit des tschecho-slowakischen Staates gearbeitet hätte. 3. Die Kombination eines geplanten deutsch-magyarischen Einfalls in tschecho-slowakisches Gebiet muß schon im Hinblick auf die militärische und allgemeine Lage des Deutschen Reiches als Phantasiegebilde bezeichnet werden. Im übrigen hat die deutsche Regierung wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie mit der tschecho-slowakischen Republik freundnachbarliche Beziehungen zu unterhalten wünscht.

In der Zeit vom 15.—25. März

hat nach den postalischen Bestimmungen der Briefträger bei unseren Postbeziehern den Auftrag, zur Erneuerung des Abonnements das Bestellgeld einzukassieren und darüber Quittung zu erteilen. Es empfiehlt sich, die Bestellung unseres Blattes für das neue Vierteljahr sofort vorzunehmen und nicht bis zum Ende des Monats hinauszuschieben, weil sonst erfahrungsgemäß Unterbrechungen im Bezug eintreten.

Ein Flugzeugpark von einem Leutnant an die Bolschewisten verkauft.

Berlin, 9. März. Ein Aufsehen erregender Prozeß wird in kurzer Zeit das Berliner Kriegsgericht beschäftigen. Unter der Anklage, im November vorigen Jahres den gesamten Flugzeugpark Wilna, der einen Wert von annähernd **10 Millionen** ℳ hatte, für **2 Millionen** ℳ an die **Bolschewisten verkauft** zu haben, steht der **Fliegerleutnant Porten**, der vor einigen Tagen in das **Untersuchungsgefängnis in Berlin** eingeliefert worden ist. Ueber die abenteuerlichen Schiebungen des Porten erfahren wir von zuständiger Seite folgendes:

Der Fliegerleutnant Porten war während des Krieges der Fliegerschule in Wilna zugeteilt worden. Als die Revolution ausbrach, setzte er sich mit dem russischen Bolschewikirat in Wilna in Verbindung und bot diesem das ganze deutsche Fliegerlager zum Verkauf an. Die Fliegerschule, die in der Nähe von Wilna lag, besaß etwa 30 Schul- und Jagdflugzeuge, hatte ein außerordentlich reiches Lager von Flugzeug-Ersatzteilen, zwei Werkstätten und einen Kraftwagenpark. Dieses ganze Lager, das nach der Schätzung der militärischen Dienststellen auf 10 Millionen ℳ geschätzt wird, **verkaufte Porten für 2 Millionen** ℳ. Zur Bedingung machte er, daß ihm die Summe **in deutschen Banknoten** ausbezahlt wurde. In seinem Kraftwagen begab sich Porten dann nach **Kowno**, wo er sich 14 Tage aufhielt. Dort wurde die Sache ruchbar und der Fliegeroffizier auf Veranlassung des Kownoer Stadtkommandanten verhaftet und in das Gefängnis gebracht. Mit Hilfe einer namhaften Summe bestach Porten die Gefängniswärter und flüchtete mit diesen zusammen nach Königsberg in Preußen, wo er sich im Dezember v. J. mit dem dortigen **A.- und S.-Rat in Verbindung** setzte. Porten wollte nun die ganze Angelegenheit vertuschen und faßte den kühnen Plan, die Kommandantur in Kowno, die die notwendigen Unterlagen über den von ihm verübten widerrechtlichen Verkauf des Flugzeugparkes besaß, zu verhaften und die Kommandanturmitglieder dadurch unschädlich zu machen, daß er sie den **Bolschewisten auslieferte**. Zu diesem Zweck setzte er sich mit Bolschewistenführern in Verbindung, mit denen er in Königsberg zusammentraf und die er reichlich entschädigen wollte. Der Plan kam jedoch durch einen Offizier, der Zeuge dieser Unterredungen mit den Bolschewisten war, zur Kenntnis der Behörden in Kowno und diese konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Bei der kürzlich erfolgten Einnahme von Königsberg durch Regierungstruppen wurde nicht nur Porten verhaftet, sondern auch die Mitglieder des Königsberger S. Rates, die Porten unterstützt hatten. Es gelang, bei dem Offizier Schriftstücke zu beschlagnahmen, aus denen die Schuld der Beteiligten klar hervorgeht. Porten war so unvorsichtig, auch die mit Bolschewisten gepflogene Korrespondenz aufzubewahren, aus welcher hervorgeht, daß Porten mit Hilfe des Königsberger A.- und S.-Rates die Stadt Kowno den Bolschewisten übergeben wollte.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 14. März 1919.

Kriegsverluste.

Die württembergische Verlustliste Nr. 751 verzeichnet:

Schuler, Johannes, Sergt., 12.3.81, Walddorf, gefallen.
Wörner, Jakob, Sergt., 30.12.80, Sulz, schwer verwundet.
Burghardt, Karl, Gefr., 1.1.84, Spielberg, leicht verwundet.
Bürkle, Philipp, Gefr., 25.1.79, Oberkollwangen, leicht verletzt.
Hagenlocher, Johannes 30.11.71, Mötzingen, gefallen.
Widmaier, Friedrich, 3.1.77, Oberjesingen, gefallen.
Frey, David, 25.9.77, Fünfbronn, leicht verwundet.
Süßer, Gottlob, Sdrgt., 26.10.85, Gechingen, gefallen.
Keuler, Gottlieb, 10.12.75, Kuppingen, l. verw.
Kempf, Alfred, Uffz., 8.8.80, Ebhausen, inf. Verw. gestorben.
Roller, David, Gefr., 12.11.81, Oberhaugstett, vermißt.
Sauser, Fritz, Gefr., 19.10.81, Iselshausen, l. verw.
Riethammer, Friedrich, 28.6.77, Neubulach, vermißt.
Schroth, Christian, 13.8.79, Ebhausen, vermißt.
Helber, Christian, 23.10.77, Ebhausen, vermißt.
Kalmbach, Friedrich, 8.4.84, Simmersfeld, l. verw.
Bauser, Christian 16.6.85, Wildberg, infolge Krankheit gestorben.
Reck, Gustav, 7.8.1900, Beihingen, infolge Krankheit gestorben.
Bäuerle, Adam, 10.12.1900, Martinsmoos inf. Krankh. gest.

Befördert: der Eisenbahnsekretär Grupp in Freudenstadt zum Bahnhofverwalter in Schramberg.

Versetzt: Oberbahnassistent Pfitzer in Calw auf Ansuchen nach Heilbronn Hbf.

Diensterledigungen. Zu besetzen sind die Hausmeisterstellen an den Lehrerseminaren in Eßlingen und Nagold. Bewerber aus dem Militäranwärterstand, die im Staatsdienst bereits angestellt sind, erhalten hiemit Gelegenheit, sich innerhalb acht Tagen beim Evang. Oberschulrat zu melden.

Von der Post. Der Postverkehr mit der tschecho-slowakischen Republik ist in beschränktem Umfang wieder zugelassen; ausgenommen sind Postanweisungen.

Der vereinigte **Lieder- und Sängerkranz** brachte gestern Abend seinem Ehrenvorstand Oberamtspfleger Kapp zu seinem 60. Geburtstag ein Ständchen, ebenso dem neuvermählten Ehepaar Amann. Die zum Vortrag gebrachten Lieder waren ein langentbehrter Genuß und erfreuten allgemein.

Zum Leichenfund im Stadtwald. Der am 24. Febr. d.J. in einem Walde der Markung Mindersbach aufgefundene Leichnam wurde als derjenige des 55 Jahre alten ledigen Taglöhners und früheren Postillons Andreas Gerlhner von Zwerenberg, der mehrere Jahre hier in Arbeit war und seit 24. Dezember vor. Jahr vermißt wurde, von seinen Angehörigen erkannt.

Rentenzuschläge. Nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 31. Dezember 1918 werden, wie bekannt, mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab, allen auf Grund von Erwerbsunfähigkeit versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterklassen erhebliche Rentenzuschläge gewährt. Die Bewilligung und Auszahlung dieser Zuschläge wird sich zwar aus technischen Gründen in vielen Fällen noch einige Zeit verzögern, erfolgt aber in jedem Falle von Amts wegen, also ohne daß es dazu besonderer Anträge bedarf. Auch die bisher schon (seit 1. 7. 18) zuständigen Rentenzuschläge sollen von Amts wegen bewilligt und ausbezahlt werden. Dies hat aber in einzelnen Ausnahmefällen leider nicht geschehen können, weil die Empfangsberechtigung von gewissen Voraussetzungen abhing, deren Vorliegen den militärischen Dienststellen nicht immer ohne weiteres bekannt war. Allen denjenigen, die noch Anspruch auf diese ersten Rentenzuschläge zu haben glauben, wird empfohlen, sich alsbald unter Vorlage ihrer Militärpapiere mit einem entsprechenden Antrag an das für sie zuständige Bezirkskommando (Bezirksfeldwebel) zu wenden.

Feuerwehrdienstehrenzeichen. Nach dem vorliegenden Verfassungsentwurf, wonach Orden und Ehrenzeichen nicht mehr verliehen werden sollen, ist eine Verleihung auch des Feuerwehrdienstehrenzeichens in Zukunft ausgeschlossen. In Berücksichtigung der obwaltenden besonderen Verhältnisse hat sich nun aber die Staatsregierung inzwischen damit einverstanden erklärt, daß das Feuerwehrdienstehrenzeichen nachträglich noch allen denjenigen Mitgliedern der Feuerwehren des Landes verliehen wird, die unter der alten Regierung das Anrecht auf das Ehrenzeichen bereits erworben hatten und die es nur wegen des während des Krieges eingetretenen Metallmangels nicht erhalten konnten.

Arbeitslosigkeit auf dem Lande. Das Kriegsministerium teilt mit: In letzter Zeit häufen sich die Anträge an das Kriegsgefangenenlager Ulm und Münsingen um Gestellung von Kriegsgefangenen zu landwirtschaftlichen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Arbeiten. Bei der zurzeit sich immer bedrohlicher steigernden Arbeitslosigkeit deutscher Kräfte widerspricht die Einstellung fremder Hilfskräfte dem nationalen Interesse. Es ist Pflicht eines jeden Einzelnen, dafür zu sorgen, daß die zurückgekehrten und entlassenen Soldaten, sowie alle zurzeit brotlosen Arbeiter ihren Unterhalt sich verdienen können. Erst, wenn nachgewiesen werden kann, daß keine deutschen Arbeiter mehr zu erhalten sind, kann auf die noch vorhandenen Kriegsgefangenen zurückgegriffen werden.

Erwerbslose. Nach dem Bericht des Württ. Landesamts für Arbeitsvermittlung sind von den 64 Oberämtern des Landes auf 28 Februar 24 288 Erwerbslose (gegen 25 134 am 9 Febr.) gemeldet worden. Sie verteilen sich auf 13 804 Männer, 7 755 Frauen und 2 729 Jugendliche. Den größten Anteil trägt die Stadt Stuttgart mit 10 027 Erwerbslosen, an 2. Stelle kommt das Oberamt Göppingen mit 2341, und an dritter Stelle das Oberamt Reutlingen mit 1683 Erwerbslosen.

Arbeitsmarktlage im Reich. Die Arbeitsmarktlage hat infolge der warmen Witterung teilweise eine leichte Besserung erfahren. Das Baugewerbe konnte vereinzelt soweit es der Mangel an Rohmaterial zuließ, seine Tätigkeit wieder aufnehmen und auch die Notstandsarbeiten sind vielfach wieder in Gang gekommen. Die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung scheitert in vielen Fällen an den schlechten Unterkunftsverhältnissen auf dem Lande. In der Provinz Brandenburg hat die Zahl der Arbeitsuchenden in der Landwirtschaft sogar zu 83%, die Zahl der Arbeitsangebote erreicht. Im Braunkohlenbergbau ist der Arbeiterbedarf fast vollständig gedeckt, die weitere Annahme von Leuten scheitert hier hauptsächlich an der Unmöglichkeit der Unterbringung. In der Industrie vergrößert sich das Heer der Arbeitslosen trotz aller Notstandsarbeiten zusehends. Ein vollständiges Ausbleiben der Arbeitsgelegenheit zeigt sich vor allem bei den Malern und Gipsern, den Klempnern und Bauschlossern, bei den Metzgern, Bäckern, Müllern, Friseuren, Glasern und Planierarbeitern. Der Arbeitsmarkt der technischen und kaufmännischen Angestellten hat sich wenig verändert, die leichte Besserung, die infolge Ablösung weiblichen Personals in den Büros eingetreten war, wird durch vermehrte Entlassung wieder ausgeglichen. Im weiblichen Arbeitsmarkt hat sich das Angebot für weibliche Arbeitskräfte in Privathaushaltungen und in der Landwirtschaft etwas gehoben, ohne jedoch den Bedarf zu befriedigen. Eine Quelle der Unzufriedenheit für die tätigen Arbeiter bildet, wie immer wieder von den Arbeitsnachweisen betont wird, der Umstand, daß der Unterschied zwischen der Arbeitslosenunterstützung und den Arbeitslöhnen, besonders wenn größere Familien vorhanden sind, zu gering ist; dadurch tritt der Umstand ein, daß ein erheblicher Teil der tätigen Arbeiter weniger verdient, als die Erwerbslosen an Unterstützung erhalten. Dies trifft vor allem in Angestellten-Kreisen zu, für die vielfach Entlohnungen geboten werden, die den Arbeitslosensätzen gleichgestellt sind, ja unter diesen liegen.

Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken. Nach einer Bundesratsverordnung bedürfen sowohl die Auflassung eines Grundstücks von bestimmter Größe und die Bestellung eines dinglichen Rechts zum Genuß der Erzeugnisse (Nießbrauch) als auch jede Vereinbarung, die den Genuß der Erzeugnisse (Pacht) oder die Verpflichtung zur Uebereignung eines Grundstücks (Kauf, Tausch) zum Gegenstand hat, zu ihrer Wirksamkeit behördlicher Genehmigung. Ausgenommen sind Rechtsgeschäfte des Reichs oder anderer öffentlichrechtlicher Körperschaften, gemeinnütziger Siedlungs- und dergl. Vereinigungen, sowie Rechtsgeschäfte zwischen nahen Verwandten. Während die Bundesratsverordnung grundsätzlich die Genehmigungspflicht erst bei Grundstücken von mindestens 5 Hektar Größe vorsieht, ist in Anwendung einer der Landesregierung in der Verordnung eingeräumten Ermächtigung bestimmt, daß die Beschränkungen schon dann Platz greifen, wenn das Grundstück wenigstens 3 Hektar groß ist.

Pädagogische Arbeitsgemeinschaft Nagold.

Der deutsche Mensch als Bildungsideal der neuen Schule.

Leitsätze.

II.

13. Es ist die Aufgabe der Bildungsarbeit, im heranwachsenden Menschen den Willen zum unmittelbaren oder mittelbaren Kulturschaffen innerhalb der Volksgemeinschaft und im Blick auf die Menschheit zu wecken, seine in dieser Richtung liegenden wesensnotwendigen und individuellen Eigenschaften und Kräfte zu entwickeln und ihm eine zusammenhängende Erkenntnis dessen, was ist und was werden soll, zu vermitteln (vergl. Leits. 8 u. 9). 14. Der Wille kann nur dadurch geweckt und gebildet werden, daß man ihm Gelegenheit zu verantwortungsvollem Tun gibt. Deshalb muß in der Schulgemeinschaft jeder Einzelne die Möglichkeit haben, sich ernsten Aufgaben selbsttätig hinzugeben. Das kann nur auf dem Boden geistiger Freiheit geschehen. 15. Die allgemeinen und individuellen Kräfte des heranwachsenden Menschen können ebenso nur durch Betätigung und Uebung entwickelt werden. Diese Entwicklung darf nicht durch äußeren mechanischen Druck und Zwang gehemmt oder verbogen werden; dagegen bedarf der junge Mensch der geistigen Leitung und Führung durch gereifte Erzieher und Kameraden. 16. Zu den formalen Bildungsaufgaben der Weckung des Willens und der Entfaltung der Kräfte und Anlagen tritt die materiale Aufgabe der Uebermittlung von Wissen und Erkenntnis; beide Teilaufgaben der Bildungsarbeit können nur in durchgängiger innerer Verbindung und Wechselwirkung in Angriff genommen werden. 17. Als Bildungsgut für die allgemeine formale Bildung kommen die Erzeugnisse des gesamtmenschheitlichen Kulturschaffens nach Maßgabe ihres geistigen Wertes an sich (ihres Kulturwerts), ihrer pädagogischen Eignung (ihres Bildungswerts) und ihrer Beziehung zu den heutigen kulturellen Aufgaben unseres Volkes (ihres Aktualitätswertes) in Betracht. 18. Die Aufgabe der Uebermittlung einer zusammenhängenden Erkenntnis der Welt des Seienden bedeutet, daß in dem jungen Menschen als Grundlage und Voraussetzung seines eigenen werteschaffenden Tuns ein lebendiges Verständnis seiner Zeit und seines Lebenskreises erzeugt werden soll. Als Gegenstand der Erkenntnis hat das Vergangene und das räumlich Fernliegende nur soweit Anspruch auf Berücksichtigung, als es mit dem zeitlich und räumlich Gegenwärtigen wesenhaft zusammenhängt. Alles tote Wissen, das unser Tun nicht befruchtet, ist wertlos. 19. Die Erkenntnis dessen, was sein und werden soll, ist aus dem philosophischen und religiösen Schaffen des Gesamtgeistes der Menschheit zu gewinnen. 20. Die allgemeine Menschenbildung werde frühzeitig ergänzt durch die Berufsvorbildung, die Ausbildung der für die besonderen Berufsaufgaben wichtigen individuellen Anlagen und Kräfte (Beruf im weiteren Sinn genommen). 21. Die Auswahl des Bildungsguts für alle Zweige der Bildungsarbeit hat nach dem ökonomischen Grundsatz zu erfolgen, daß das bloß Wünschenswerte hinter dem unbedingt Notwendigen, das nur mittelbar Nützliche hinter dem an sich Wertvollen zurücksteht. Der Forderung einer „internationalen Abrüstung der Lehrpläne“ (Fr. W. Foerster) ist nach Möglichkeit zu entsprechen.

Berichtigung zu 1. Leits. 9: .. Orientierung in der Welt der Wirklichkeit und in der Welt des Seinsollenden.

Rohrdorf. Unsere Turner hielten am Mittwoch eine Versammlung im „Adler“ ab, in welcher beschlossen wurde den Turnverein zu allem Leben wieder erstehen zu lassen. 18 Mitglieder traten sofort aktiv dem Verein bei. Die Wahlen ergaben: Vorstand Fr. Dörrscheidt, Stellv. Otto Barth, Kassierer und Schriftführer Herm. Sitzler. Turnwart wurde Joh. Harr.

Aus dem übrigen Württemberg.

Vollmaringen. Hier wurde eine Ortsgruppe für Kriegsbeschädigte, ehemalige Kriegsteilnehmer und Kriegerwitwen gebildet, die sich an den Reichsbund anschloß. Die Ortsgruppe umfaßt die Orte Vollmaringen, Göttelfingen, Gündringen, Hochdorf, Baisingen und Mötzingen und hat 32 Mitglieder.

Unterjettingen. Kaufmann Widmann hier hat das Anwesen seines Schwiegervaters, des Gärtnerei- und Baumschulenbesitzers Knauß in Nellingsheim OA. Rottenburg erworben und wird in nächster Zeit sein hiesiges Anwesen (Wohnhaus mit Kaufladen und dingl. Recht für Gastwirtschaftsbetrieb und großem Garten) dem Verkauf aussetzen.

r **Stuttgart.** Die Vorarbeiten für den Plan einer Volkshochschule in Stuttgart sind schon seit längerer Zeit im Gange. Sie wurden vom Verein zur Förderung der Volksbildung unter seinem Vorstande Ministerialdirektor Dr. von Marquardt und seinem rührigen Geschäftsführer Seminaroberlehrer Bäuerle-Backnang geleistet. Am Dienstag fand nun eine grundlegende Aussprache und Stellungnahme aller Interessenten auf Veranlassung des genannten Vereins statt. Etwa 60 Herren waren im Vortragssaale des Vereins in der Hölderlinstraße versammelt, Vertreter der Behörden, der Stadt, der Schulen, der verschiedenen Organisationen, die bisher schon Volksbildungsarbeit betrieben haben. Nach einem Vortrag des Seminaroberlehrers Bäuerle über das ganze Problem der Volkshochschule fand eine eingehende Aussprache statt, in der allseits dem neuen Plane größtes Entgegenkommen und weitgehende Unterstützung zugesagt wurde. Die Volkshochschule soll Halbtagsschule werden. Der Vormittag soll der Berufsarbeit, der Nachmittag der Schularbeit dienen. Ein wesentliches Stück des Unterrichts sollen die reichen Sammlungen Groß-Stuttgarts bilden, deren planmäßige Benützung der großstädtischen Volkshochschule ihre Eigenart geben soll. Neben der Tagesarbeit sollen Abendkurse hergehen. Personen jeden Alters, ohne Rücksicht auf Konfession, Partei oder Beruf kommen in Betracht. Vertiefung und Verinnerlichung ist das Ziel, Höherbildung und Bildung einer Lebensauffassung. Ein Ausschuß nimmt die weiteren Vorarbeiten in die Hand. Es soll womöglich noch in diesem Sommer ein Anfang mit der Stuttgarter Volkshochschule gemacht werden. In der Hölderlinstraße 50 hat der Verein die nötigen Räume durch eine gemeinsame Stiftung erhalten.

Die Schloßkirche als — Altertumsmuseum!

p Stuttgart, 11. März. Die Württ. Presse-Korresp. schreibt: „Die Evangelische Landessynode hat in einer mit einmütiger Entschiedenheit erfolgten Erklärung Stellung genommen gegen einen in letzter Zeit aufgetauchten Plan, der weite kirchliche Kreise bewegt und vielfach lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hat: er geht dahin, die altehrwürdige Schloßkirche, die erste aus der Reformationszeit stammende evangelische Predigtkirche Württembergs (um 1560 von Herzog Christoph erbaut) dem gottesdienstlichen Gebrauch zu entziehen und sie für Zwecke der — Staatssammlung vaterländischer Altertümer zu verwenden. Diese bis auf den heutigen Tag gern und viel besuchte Kirche Stuttgarts, der schon durch die Erinnerung an die segensreiche Wirksamkeit erster Stuttgarter Kanzelredner, wie Grüneisen, Gerok, Braun u. a., nicht nur die Angehörigen der Hofgemeinde, sondern auch Mitglieder der Stuttgarter Evang. Gesamtgemeinde große Treue und Anhänglichkeit bewahrt haben, soll nach dem genannten Vorschlag zu einem gewöhnlichen Museumsraum umgestaltet werden. Die Angelegenheit befindet sich bereits in der Behandlung der zuständigen amtlichen Stellen. Daß diese, die doch in der gegenwärtigen Zeit mit ungleich wichtigeren Aufgaben mannigfachster Art belastet sind, jetzt schon mit solchen Dingen sich befassen müssen, mag man verwunderlich finden. Immerhin wird man das Vertrauen haben dürfen, daß sie bei ihrer Entscheidung nicht einseitig von den keineswegs zu bestreitenden Bedürfnissen der Staatssammlung vaterländischer Altertümer sich leiten lassen, für deren Befriedigung bei gutem Willen die übrigen ausgedehnten, zudem wesentlich helleren Räume des Alten Schlosses bei entsprechender Gestaltung sicher ausreichen dürften. Letzten Endes ist die denkwürdige Schloßkirche, in der die Reformation in Stuttgart ihren Ausgang genommen hat, auch ein „vaterländisches Denkmal“, das Anspruch hat auf „Erhaltung“ — seiner Bestimmung! Die maßgebenden Stellen werden sich auch der Tatsache nicht verschließen können, daß sachlich ebenso berechtigte Bedürfnisse der Stuttgarter Gesamtkirchengemeinde entgegenstehen. Ob die von kirchlicher Seite wiederholt als dringend notwendig bezeichnete Schaffung weiterer gottesdienstlicher Räume für die Gesamtkirchengemeinde Stuttgart nach Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche durchführbar sein wird, ist mindestens zweifelhaft. Umsomehr muß auf die Erhaltung der bestehenden Gelegenheiten Wert gelegt werden. Den modern aufgefaßten Bedürfnissen der Ev. Kirche auf Gewinnung kleinerer Gotteshäuser in den Städten zur Sammlung übersichtlicher Gemeinden entspricht aber gerade die Schloßkirche in besonders glücklicher Weise. Man wird auch erwarten dürfen, daß Rücksicht genommen wird auf die Stimmung kirchlicher Kreise und auf Gefühle der Pietät, zumal wenn sie, wie bei der Schloßkirche — in deren stiller Gruft König Karl und Königin Olga, Herzogin Wera mit Gatten und Sohn die letzte Ruhestätte gefunden — untrennbar verbunden sind mit Erinnerungen an unser Königshaus. Wer den religiösen Sinn unseres Königs kennt, wird sich nicht im Zweifel darüber sein, daß es ihm, der nach seinem eigenen Zeugnis „an seiner Schloßkirche mit ganzer Seele hing,“ ein neuer persönlicher Schmerz sein würde, wenn das ihm lieb gewordene Gotteshaus zu anderen Zwecken herangezogen würde.

Angliederung von Bayrisch Schwaben an Württemberg. Im „Neu-Ulmer Anzeiger“ wird für eine Angliederung von bayrisch Schwaben an Württemberg eingetreten. Es wird ausgeführt, daß bayrisch Schwaben ein Recht habe, sich von einem Staatswesen loszusagen, das unweigerlich dem Abgrund des Staatsbankerotts, des Hungertodes und Bürgerkrieges zutreibe. Es heißt dann: „Eine Diktatur, die weder die Absicht, noch die Macht hat, die arbeitswillige, sich nach Ordnung und Erholung von den Schrecken der 5 Kriegsjahre sehnende Bevölkerung vor dem Terror des arbeitsscheuen Abschaums der Großstädte zu schützen, ist zu staatlicher Neuordnung unfähig. Schwaben, ihr habt vielleicht heute noch die Wahl, bevor morgen schon die blutige Sintflut über euch hereinbricht. Schaut hinüber zu euren Stammgenossen, dort ist Ruhe und politische Reife; der Schwabe hat immer den Grundsatz von „leben und leben lassen“ hochgehalten, dort werdet ihr mit offenen Armen aufgenommen und könnt mit voller Zuversicht an den Neuaufbau eines freien Staatswesens auf gesunder Grundlage unter Führung von ehrlichen Volksmännern, nicht hergelaufener Revolutionsgewinnlern, heranzutreten. Schon bricht sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Lostrennung von dem Bayern der Revolutionsdiktatur allenthalben in Schwaben Bahn, laßt den Gedanken nicht mehr ruhen, tretet mannhaft ein für euer neues Recht der Selbstbestimmung, schließt euch mit euren Stammesgenossen zusammen zu einem kraftvollen freien schwäbischen Volksstaat.“

Familiennachrichten.

Auswärtige.

Gestorben: Wilhelmine Kappler, geb. Becht Oberhausen Luise Schäberle, geb. Kußmaul 43 Jahre alt, Tailfingen; Dr. med. Adolf Süßkind, Oberamtsarzt 68 Jahre alt, Tübingen; Barbara Bölmle, geb. Widerrode, 81 Jahre alt, Schönaich; Wilhelmine Welz, Witwe, Tübingen; Sophie Kalber, Witwe, Tübingen; Maria Schnell, 16 Jahre alt, Rottenburg; Christian Frey Bäckermeister, 71 Jahre alt, Erzgrube; Anton Schreivogel, Bierbrauer, 69 Jahre alt, Rottenburg.

Letzte Nachrichten.

Der Finanzausschuß der Württ. Landesversammlung hat sich gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit ausgesprochen. Auch der Regierungsvertreter erklärte sich dagegen.

*

In Irland ist mit Hilfe russischer Kommunisten ein Aufstand ausgebrochen. In Dublin wurde die irische Räterepublik ausgerufen. Der Belagerungszustand wurde über Dublin verhängt. Der Post- und Telegraphenverkehr mit England ist eingestellt. Englische Truppen sind auf dem Wege nach dem Aufstandsgebiet.

*

In der preußischen Landesversammlung, die gestern eröffnet wurde, erklärte Minister Hirsch als stellv. Staatspräsident, daß Preußen bereit sei, im Reich aufzugehen. Solange aber die süddeutschen Staaten und Deutsch-Oesterreich als selbständige Gliedstaaten gelten wollen, müsse Preußen auch selbständiger Gliedstaat bleiben.

Für die Schriftleitung verantwortlich Paul Sage, Nagold.
Druck u. Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchdruckerei (Karl Zaiser) Nagold.

Amtliches.

Württ. Höhere Maschinenbauschule Eßlingen.

Der nächste, mit Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer auf etwa 3 Monate abgekürzte Kurs wird Anfang Mai d. J. beginnen. Es sollen alle Klassen geöffnet werden. Anmeldungen sofort, spätestens bis 18. März d. J. an die Schulleitung. Später eingehende Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Anmeldevordrucke unentgeltlich durch die Schulkanzlei. Die Aufnahmeprüfungen finden einige Tage vor Schulbeginn statt. Wegen des starken Andrangs kann nur eine beschränkte Anzahl Schüler aufgenommen werden; in erster Linie werden ältere Kriegsteilnehmer berücksichtigt. Von der Entscheidung über ihre Aufnahme erhalten die Angemeldeten Ende März Nachricht.

Eßlingen, den 4. März 1919.

Schulvorstand: Berkenhoff.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neuausgabe von Pferdekarten.

Sämtliche von den Oberämtern ausgegebenen Pferdekarten werden hiermit für **ungiltig** erklärt. Ueber die Ausstellung neuer Pferdekarten erscheint eine amtliche Bekanntmachung in Nr. 59 des Staatsanzeigers.

Württ. Kriegsministerium.

Holz-Versteigerung.

Auf dem Holzlagerplatz Birkenfeld, an der Linie Pforzheim—Wildbad (von Pforzheim aus mit der Straßenbahn zu erreichen) kommen am **Montag den 17. und Dienstag den 18. März** etwa 150 Waggon Bretter 18 und 24 mm, Bohlen 30/100 mm, sowie Vorratsholz 8/8—20/20 cm stark, **waggonweise gegen sofortige Kasse** (200 ℳ Baranzahlung auf dem Holzlagerplatz bei jedem Zuschlag, Restzahlung am Versteigerungstage in Kriegsanleihe oder in der auf dem Büro des Holzlagerplatzes), zur öffentlichen Versteigerung.

Nähere Verkaufsbedingungen werden auf dem Holzlagerplatz bekanntgegeben.

Stuttgart, den 11. März 1919.

Württ. Arbeitsministerium, wirtschaftstechn. Abteilung
Referat Holz.

Wohnhausversteigerung.

Johannes Hörmann, Pflästerers Witwe **Marie** geb. Weik hier bringt auf dem hiesigen Rathaus zur öffentlichen Versteigerung:

Grb. Nr. 554/1 — 83 qm Wohnhaus
94 qm Hofraum
1 a 77 qm an der Lindachstraße

im 1. Termin Montag den 17. März nachm. 6 Uhr
„ II. „ „ „ 24. „ „ 6 „

Hiezu werden Liebhaber eingeladen.

Nagold, den 13. März 1919.

Ratsschr. Maier.

Ebhausen.

Lang- u. Säg-holz-Verkauf.

Am nächsten **Dienstag, den 18. März 1919, nachmittags 3 Uhr,** kommt auf dem hiesigen Rathaus im Submissionsweg zum Verkauf:

Abteilung Kollenau.

Nr. 356—370

	5 Klasse	9 Stück	1,85 Fm	
	6 „	6 „	1,01 „	
	Eganthalde.	Los 1.	Nr. 383—446	
Langholz				
	2. Klasse	3 Stück	3,74 Fm.	Sämtlich
	3. „	14 „	15,66 „	
	4. „	19 „	12,12 „	Forchen.
Sägholz				
	1. „	2 „	1,69 „	
	2. „	17 „	14,42 „	
	3. „	9 „	4,44 „	
		Los 2.	Nr. 447—490	
Langholz				
	3. Klasse	10 Stück	11,36 Fm.	Fichten
	4. „	19 „	13,66 „	
Sägholz				
	1. „	6 „	9,37 „	
	2. „	5 „	4,04 „	
	3. „	5 „	2,40 „	„
		Los 3.	Nr. 491—530	
Langholz				
	2. Klasse	5 Stück	9,62 Fm.	
	3. „	10 „	12,11 „	„
	4. „	17 „	11,85 „	
	5. „	1 „	0,38 „	
Sägholz				
	1. „	1 „	0,61 „	„
	2. „	5 „	4,52 „	
	3. „	1 „	0,55 „	

Liebhaber sind eingeladen.

Ebhausen, den 13. März 1919.

Schultheißenamt
Dengler.

Ettmannsweiler.

Jagd-Verpachtung.

Die hiesige Gemeindejagd, umfassend 441 ha Grundfläche und zwar Feldfläche 191 ha, Waldfläche 250 ha wird am **Samstag den 15 März 1919, nachmittags 2 Uhr** auf hiesigem Rathaus auf 6 Jahre im öffentlichen Aufstreich verpachtet.

Der auf Markung Fünfbronn gelegene Waldteil Enzwald mit einer Grundfläche von 40 ha kommt besonders zur Verpachtung.

Gemeinderat.

Oberamtssparkasse Nagold.

Nach Beschluß des Bezirksrats vom 10. d. M. werden für die Verwahrung und Verwaltung der von unsern Einlegern bei uns **hinterlegten Kriegsanleihestücke** vom Jahr 1919 an für jedes angefangene Rechnungsjahr an Gebühren erhoben: für jedes angefangene 1000 ℳ — 20 ₰ Mindestgebühr bis zu 500 ℳ — 20 ₰, darüber — 50 ₰. Bei etwaiger Zurücknahme der Papiere vor 1. April d. J. sind keine Gebühren zu entrichten. Die Behandlung des Gebühreneinzugs wird später bekanntgegeben.

Den 12. März 1919.

Kassenverwaltung: Killinger.

Nagold.

Zur Verteilung

kommen für

I. Personen von 70 Jahren und älter: 8 Pakete Keks.
II. Kranke mit ärztl. Zeugnis für Weißmehl (gegen Zwiebackmarken) 8 Pak. Keks.
III. Kinder von 8 Mon. bis 2 Jahr 8 Pakete Zwieback 1½ kg Kindermehl.
IV. Säuglinge bis 8 Mon. 1 kg Zucker.

Die Waren können von **Montag den 17. ds.** ab bei **Konditor Gauß** abgeholt werden.

Den 13. März 1919.

Stadtschultheißen-Amt.

Wer nimmt einen 2jähr.

Knaben in gute Pflege

auf.

Näheres bei der Geschäftsstelle des Blattes.

Nagold.

Weggekommen

ist mir am Donnerstag über den Mittag eine starke

Sperrkette

an der Krämerbude beim Schwarzen Adler.

Der Entwender, welcher beobachtet und erkannt wurde, wird ersucht, die Kette sofort an ihren Platz zu bringen, andernfalls Anzeige gemacht wird.

Gottlob Grüninger.

Verkaufe ein neues

Jackenkleid

(Friedensw.) 80 ℳ.

einen Mantel

60 ℳ.

Anna Kalmer, Gültlingen.

Ia. Schuhfett

in Kollen von 10 Dosen à ℳ 3.—

zu haben bei

Brenning, Gerberstraße, Nagold

Fußballklub Nagold von 1911

Heute Freitag Abend 8 Uhr

Versammlung

im Vereinslokal „Bären".

Sämtliche Mitglieder — sowie diejenigen, welche unserem Verein beitreten wollen — sind höfl. eingeladen.

Der Vorstand.

Wildberg—Kuppingen.

Hochzeits-Einladung.

Hiemit beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag, den 18. März 1919

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zur „Sonne" in Kuppingen freundl. einzuladen.

Jakob Roller	Karoline Kohler
Mühlefahrknecht	Tochter des
Sohn d. † Georg Roller	† Johann Jak. Kohler
Steinhauer in Wildberg.	Bauer in Kuppingen.

Kirchgang ½12 Uhr.

Wir bitten dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Nagold

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Tapeten u. Borten
Kinderwagen
u. Leiterwagen
Schulranzen
in prima Rindleder

Reiseartikel • Kuhdecken.

Fr. Braun, Sattler u. Tap.-Gesch.

Allgem. Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Nagold.

Bekanntmachung.

Laut Verordnung vom 3. 2. 1919, R.G.Bl. S. 191, wird auf seinen Antrag von der Krankenversicherungspflicht befreit, wer eine Invalidenrente bezieht oder dauernd invalide im Sinne des § 1255 Abs. 2 R.V.O. ist, sofern der vorläufig unterstützungspflichtige Armenverband einverstanden ist. Ueber den Antrag auf Befreiung entscheidet das Versicherungsamt (Beschlußausschuß) nach Anhörung des Kassenvorstandes.

Dies geben wir den Beteiligten bekannt.

Nagold, den 13. März 1919.

Vors. d. Vorstands: Wilh. Benz. **Kassenverwaltung:** E. Lenz.

Iselshausen.

Nachruf

für meinen lieben Bruder

Gottlob.

Nach des Leidens schweren Stunden
Endlich ein Erlösungstag,
Bist geschieden von den Deinen
Weil der Tod Dich weggerafft.

Strebsam, fleißig, wie Du warest
Wolltest Du ins Leben gehen,
Dein Wunsch war es, doch auch so werden,
Wie Du's bei den Eltern gesehen.

Wolltest auch was tüchtige lernen
Später in die Fremde ziehn
Und nach harten Wanderjahren
Glücklich in die Heimat gehn.

Doch die Pläne sind genommen
Durch die Rechnung kam ein Strich,
Denn der Tod hat Dich genommen
Hat erfüllet seine Pflicht

Denn es war in Gottes Rathschluß
Schon sein Will' am ersten Tag,
Da das holde Licht der Welt
Liebend Dich begrüßen hat,

Daß durch schwere Leidenstage
Du sollst werden zubereit,
Und Du darfst auf lichtem Pfade
Ziehen ein zur Herrlichkeit

Droben in dem Freudensaale
Wo bereit die Engeln stehn,
Hoffen wir an jenem Tage
Glücklich auf ein Wiedersehen.

Gewidmet zum Andenken
von seinem Bruder Karl Beutler.

Wer würde an junges Ehepaar für einige Monate

2 Zimmer,

möbliert oder unmöbliert

vermieten?

Off. an die Exp. des „Gesellschafters".

Arbeiterinnen

werden sofort in meine Forstbaumschulen gesucht.

Johannes Reule, Nagold.

Tüchtige Schreiner

für sofort gesucht.

Arnold Biber, Abt. Schreinerei, Pforzheim.
Blücherstraße 32.

Junger tüchtiger

Müller

mit gutem Zeugnis **sucht Stellung.**

Näheres bei der Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche

sofort einen jüngeren gewandten zuverlässigen

Mann als Packer.

J. Möller
Oel- und Fettwaren,
Nagold.

Kluge Damen und Herrn

wenden sich in

Heiratsangelegenheiten

an

Frau Josefine Hofmann,
Stuttgart, Hackstr. 161.
Prima Ref. Telephon 6827.

Echte

Gummisauger

und

Gummischnuller

empfiehlt

C. Erbe, Tübingen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw